



An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Katja Keul  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Prof. Dr. Maria Böhmer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Staatsministerin im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT  
Kurstraße 36,  
11013 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2926  
FAX +49 (0)30 18-17-3903  
[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Berlin, den **08. Sep. 2015**

**Schriftliche Fragen für den Monat September 2015**  
**Frage Nr. 9-2**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage:

*Warum hat die Bundesregierung auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz zum Vertrag über den Waffenhandel (ATT) in Mexiko die Forderung des Gastgeberlandes nach einer Offenlegungspflicht aller Rüstungsexporte und -importe durch die Teilnehmerstaaten abgelehnt (vgl. TAZ vom 31.08.2015)?*

beantworte ich wie folgt:

Die Darstellung in der „tageszeitung“ vom 31. August 2015 entspricht nicht den Tatsachen: Die Bundesregierung hat sich zu keinem Zeitpunkt, weder während der ersten Vertragsstaatenkonferenz noch im Vorbereitungsprozess, gegen eine Veröffentlichung von Export- oder Importberichten ausgesprochen.

Im Gegenteil: Obwohl der Vertrag über den Waffenhandel (ATT) zur Frage der Veröffentlichung von Berichten schweigt und lediglich fordert, dass nach dem ATT abzugebende Berichte über das Sekretariat den Vertragsstaaten zugänglich zu machen sind, hat sich die Bundesregierung stets dafür ausgesprochen, diese Berichte auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies entspricht der Praxis der Rüstungsexportberichterstattung der Bundesregierung: Die Bundesregierung veröffentlicht regelmäßig Berichte über Rüstungstransfers, die –

wie die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung oder die freiwillige Berichterstattung zum VN-Waffenregister – dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich sind. Die gleichen Transparenzmaßstäbe wird die Bundesregierung selbstverständlich auch auf die Berichte anwenden, die nach dem ATT gefordert werden. Bei der Staatenkonferenz in Cancún war dieser Ansatz nicht durchsetzbar. Gleichwohl wird die Bundesregierung im Kreis der ATT-Vertragsstaaten auch weiterhin für größtmögliche Transparenz werben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. S. S.', written in a cursive style.